

Kučera, Bohumil

Die Arbeiterregierung in Sachsen im Jahre 1923 : die Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung im deutschen revolutionären Geschehen und ihr Wiederhall in der ČSR

In: Kučera, Bohumil. *Dělnická vláda v Sasku v roce 1923 : myšlenka dělnickorolnické vlády v německých revolučních událostech a její ohlas v ČSR*. Vyd. 1. Brno: Universita J.E. Purkyně, 1970, pp. 161-168

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/120388>

Access Date: 11. 12. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

DIE ARBEITERREGIERUNG IN SACHSEN IM JAHRE 1923

Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung
im deutschen revolutionären Geschehen und ihr Widerhall in der ČSR.

Deutschland gehört zu Beginn des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zu jenen Ländern, wo die revolutionäre Nachkriegswelle, welche durch die Große Oktoberrevolution ausgelöst wurde, ihren stürmischsten Nachklang fand und wo in der letzten Phase dieser revolutionären Welle, in der Jahren 1922 und 1923, dieser Kampf aufs schärfste und intensivste entbrannte. Gleichwie das Feuer nach dem größten Aufflammen sehr schnell in sich versiegt, ebenso bildete das große Entflammen der Revolution in Deutschland den Endtakt zum sehr schnellen Erlöschen der revolutionären Kämpfe in ganz Europa.

Die deutsche Novemberrevolution wuchs nicht in eine sozialistische über und so gelang es der Bourgeoisie, welche durch die sozialdemokratischen Parteiführer unterstützt wurde, sich an der Macht zu behaupten. Die Kämpfe des deutschen Proletariats im Jahre 1919 endeten ebenfalls erfolglos, der Früchte ihres Siegen wurden jene bewaffneten Arbeiter beraubt, welche Kapps' Putsch abwehrten und auch der Aufstand des Proletariats in Zentraldeutschland im März 1921 endete mit einer Niederlage.

Schon nach der Januarniederlage im Jahre 1919 war es klar, daß es in Deutschland nicht möglich sein wird, einen Übergang von der bürgerlichdemokratischen Revolution zur Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Die junge KPD, welche sich zu Beginn des Jahres 1919 bildete, sah sich vor eine sehr schwierige und grundlegende Aufgabe gestellt: in diesen Verhältnissen einen anderen Weg zur proletarischen Revolution zu finden. Und so entstand hier nach einem vorübergehenden Tapen die Idee der Taktik der Einheitsfront und die KPD wandte sich am 8. 1. 1921 mit einem offenen Schreiben an die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften mit dem Aufruf, alle gemeinsamen Kräfte zu vereinigen und den Kampf aller Werktätigen zur Befriedigung der Forderungen der Arbeiterklasse, welche in den sogenannten alltäglichen Forderungen ihren Ausdruck fanden und welche im vollen Einklang mit den Forderungen aller Arbeiter (wie schon ihre politische Überzeugung aussehen mag) zu beginnen.

In dieser Entscheidung wurde die KPD noch durch den III. Weltkongreß der KI unterstützt, da dieser ebenfalls neue Wege des revolutionären Kampfes suchte. Hier sprach auch W. I. Lenin, er bestätigte die Richtigkeit der Anschauungsweise der KPD in Sachen des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter und der Kongreß selbst beschrift dann diesen Weg zur proletarischen Einheitsfront. Zu ihrem eigensten Ziele gehörte die Sicherung des Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Überführung in das direkte Kampfgeschehen. Dieser Kampf diente aber noch nicht der Er kämpfung der Diktatur des Proletariats, sondern es ging um die Alltagsforderungen und den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse um ihre Rechte. In diesem Kampfe sollten die Massen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen zu dieser Schlußfolgerung gelangen: Alle Schwierigkeiten der Arbeiterklasse kann auf die Dauer nur eine Beseitigung jenes Systems garantieren, dessen Wessen auf der Ausbeutung beruht.

So fehlte bloß ein Schritt zur Idee der Arbeiterregierung, einer Regierung, welche aus den Vertretern aller jener Gruppen entsehen sollte, die sich an dem Kampf um die Sicherung der Interessen und Forderung der Werktätigen beteiligten. Einer Re-

gierung, welche zwar noch nicht eine Diktatur des Proletariats verkörperte, dennoch die Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert und den Weg zur Beseitigung des Kapitalismus weist. Diesen Schritt unternahm mit seiner Resolution über die Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung im Dezember 1922 der IV. Kongreß der KI. Die KPD erlangte mit dieser Taktik wesentliche Erfolge, insbesondere in den Jahren 1922 und 1923. Ihr Erfolg wuchs aus der sehr schweren wirtschaftlichen und politischen Situation des Nachkriegsdeutschland hervor. Die Niederlage Deutschlands hatte eine Krisis der Volkswirtschaft zur Folge, welche noch weiter durch die schwere Last der Friedensbedingungen von Versailles vertieft wurde. Das außerordentliche Ausmaß der durch den Friedensvertrag auferlegten Reparationen übertrug die bürgerliche Regierung und die Kapitalisten in den verschiedensten Formen auf die Schultern der Werktätigen: einmal durch Lohnherabsetzungen, das andere Mal in der Form von Steuererhöhungen oder einer Arbeitszeitverlängerung. Der erste Angriff zielte auf die Arbeitszeit, dann folgte eine Preiserhöhung der Lebensbedürfnisse, alles wurde teurer, die Mark verlor an ihrem Wert und bestieg den Weg der Inflation, schließlich folgte die Hungersnot. Die Arbeiter wurden dem Terror ausgesetzt, da sie sich dem Elend widersetzen. Die Massen folgten der KPD, bildeten gemeinsame Organe der Einheitsfront, verließen die Position der Verteidigung und gingen zur revolutionären Bewegung über, wobei sie sich scharf gegen die bürgerliche Ordnung wandten, da diese nicht imstande war, die Grundbedingungen ihrer Existenz zu sichern. Der wirtschaftliche Verfall, die Verelendung durch die Inflation und die gesteigerte Ausbeutung ermöglichten diesen nicht mehr „nach alter Weise zu leben“ und die Massen bekundeten dies mit ihrer Tätigkeit und Anteilnahme an der revolutionären Bewegung.

Die Okkupation des Ruhrgebiets durch die französischen Imperialisten im Januar 1923 verschlechterte noch weiter die ohnehin schon schlimme Situation Deutschlands und verschärfte damit noch alle Klassenwidersprüche. Die Streikbewegung und die Massenaktionen des Proletariats gegen die Regierung wuchsen an. Die Streikbewegung erreichte mit ihren mächtigen Aktionen ihren Höhepunkt im Mai und Juli, besonders sind die antifaschistischen Demonstrationen im Juli hervorzuheben. Der Höhenpunkt ist dann mit den Aktionen der Betriebsräte, der Kontrollräte, der proletarischen Hundertschaften-Organen der Einheitsfront, erreicht. Der Staatsapparat zeigt sich diesen gegenüber machtlos und der Volksaufstand im August 1923 beseitigt Cunos' Regierung.

Alle diese revolutionären Aktionen hatten zur Folge, daß es den Kommunisten und Sozialdemokraten Anfangs Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen gelang, eine Arbeiterregierung zu schaffen. Obwohl die revolutionäre Bewegung in ganz Deutschland sehr intensiv verlief, waren die Bedingungen für ihr Anwachsen in Sachsen günstiger als anderswo. Es ging um ein Industriegebiet mit einer ausgereiften, gut organisierten Arbeiterbewegung, welche eine wesentliche Aktionsfreiheit innehatte.

Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigten, daß hier die Sozialdemokratie die stärkste Partei ist und daß dieser gleich die KPD folgt. Im Falle, daß es zwischen ihnen zu einem Übereinkommen käme, wären sie imstande eine Mehrheitsregierung zu bilden. Zu einem solchen Übereinkommen kam es aber nicht. Die Sozialdemokratie bildete selbst eine Regierung, eine Minderheitsregierung und versuchte sich an andere politische Strömungen anzulehnen. Die revolutionäre Einstellung der eigenen Mitgliederschaft erlaubte aber keine wesentliche Mitarbeit mit der Bourgeoisie und übte noch weiter einen Druck auf die Regierung aus, und zwar mit dem Ziel, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die Regierung mußte daher die Entfaltung der Einheitsfront dulden, diese war hier sehr gut organisiert und ihre Organe, wie die Betriebsräte, die Kontrollräte und die proletarischen Hundertschaften wirkten hier fast legal. Sie erzielten mit ihren Aktionen, wie z. B. bei der Versorgung und dem Erzwingen gewisser Ansprüche an den Unternehmern, bemerkenswerte Erfolge. Alles dies unterstützte die Taktik der Einheitsfront. Andererseits wuchs ein Widerspruch zwischen der Führung der sächsischen Sozialdemokratie und der Reichsführung der Sozialdemokratie an, da der Letzterwähnte die Entfaltung der sächsischen Arbeiterbewegung ihre Mitarbeit mit der Bourgeoisie in der Regierung störte. Die Bourgeoisie drängte daher ununterbrochen auf die Reichsregierung und verlangte einen militärischen Einsatz gegen das „Rote Sachsen“. Als die sächsische Regierung eine gegenseitige Mitarbeit illegaler militärischer Verbände mit der Reichs-

wehr und ihre geheimgehaltenen Waffenlager aufdeckte, steigerte sich noch der Zwiespalt.

In dieser Situation traf die Führung der sächsischen Sozialdemokratie, welche unter dem Druck ihrer Arbeitermitgliederschaft war und einen militärischen Einsatz der Reichsregierung fürchtete, am 10. 10. 1923 mit der KPD ein Übereinkommen und bildete gemeinsam mit den Kommunisten in Sachsen eine Arbeiterregierung. Die Regierung unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Dr. Zeigner bestand aus 5 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten. Das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Amt des Staatssekretärs besetzten die Kommunisten.

Die Positionen der Kommunisten waren nicht allzu stark. Beide Ministerien waren in der katastrophalen wirtschaftlichen Situation voll heiklischer Probleme. Aber gerade deshalb ermöglichten sie auch Eingriffe in die wichtigsten Sphären des Lebens der Massen. Das Amt des Staatssekretärs gab Möglichkeiten zur Bewaffnung der Arbeiter.

Das Regierungsprogramm war sehr bescheiden. Dennoch enthielt es eine Reihe von Forderungen, obwohl nur in grundlegenden Linien, welche eine Entfaltung von Aktionen zu Gunsten der Werktätigen ermöglichten. Es enthielt solche Forderungen, wie z. B. das Verbot der Arbeitseinstellung – in den Betrieben, die Arbeitslosensteuer für Arbeitslose und Besitzlose, eine gerechte Versteuerung der Reichen, die Kontrolle der Betriebe, die Reinigung des Staatsapparates von reaktionären Elementen, die Unterstützung der Arbeiterorganisationen und die schon angezeigte Möglichkeit der Arbeiterbewaffnung. All das nur in grundlegenden Linien und in dem angezeigten Ausmaß. Keinesfalls war es mit Kampfbereitschaft und Entschlossenheit durchdrungen.

Warum hat nun die KPD solche Bedingungen angenommen?

Nach einer sorgfältigen Überlegungen und nach Beratungen mit jenen kommunistischen Parteien, die das größte Interesse an dieser Entwicklung hatten, kam die KPD auf dem Boden der KI zum Schlusse, daß die Situation in Deutschland aufs äusserste revolutionär ist und daß sie in einigen Wochen mit dem Ausbruch des revolutionären Kampfes droht. Für diesen Kampf ist jede Position gut, die eine Stärkung und Bewaffnung der Arbeiterklasse verspricht. In dieser Richtung sollte die sächsische Regierung zum Ausgangspunkt weiterer Kämpfe werden und der Ausbreitung der Arbeiterregierung aus das ganze Reich dienen. Darum also entschloß sich die KPD dieser Regierung beizutreten.

Obwohl in dieser Regierung die Bedingungen für die Arbeit der Kommunisten nicht allzu günstig waren, gab es dennoch gewisse Möglichkeiten. Sie setzten aber eine spontane und konsequente Unterstützung durch die Massen voraus. Und dies verlangte wieder sofort den Massen begreifliche Forderungen zu stellen, die Massen mit diesen bekanntzumachen und unter ihren Druck diese Forderungen auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Partner in der Regierung durchzusetzen. Und zwar um so kühner, je mehr diese labil war.

Dies zu tun war die KPD nicht imstande. Sie konzentrierte sich ganz auf die Möglichkeit der Bewaffnung und um dieses zu erreichen war sie bereit, von den sozialdemokratischen Partnern nichts zu verlangen, um sie ja nicht abzuraten. Die kommunistischen Minister entwickelten eigentlich in der sächsischen Regierung nicht einmal jene Tätigkeit, welche das ohnehin bescheidene Programm ermöglichte. Sie waren nicht einmal imstande, sich an die Massen zu wenden, obwohl diese noch der revolutionären Bewegung teilnahmen.

Der Vorstoß der Bourgeoisie gegen die sächsische Regierung und gegen eine analoge Regierung, welche fast gleichzeitig in Düringen entstand, ließ nicht lange auf sich warten. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes stieß die Reichswehr am 20. 10. 1923 gegen Sachsen vor und liquidierte die legale sächsische Regierung. Dasselbe traf in Düringer zu.

Auch in diesem Augenblick war die KPD nicht imstande, in Sachsen oder anderswo im Reich die Arbeitermassen zum Generalstreik aufzurufen und mobilisieren und so die Arbeiterregierungen in Sachsen und Düringen zu unterstützen. Und so blieben diese beiden Arbeiterregierungen, ihrem Wesen nach ohnehin allzu labil, ohne jede Unterstützung der Massen und wurden militärisch auseinandergejagt. Der erste Versuch, eine Arbeiterregierung zu bilden, blieb also ohne Erfolg.

Obwohl die Existenz beider Regierungen nicht von langer Dauer war, da sie nach einigen Tagen gewaltsam liquidiert wurden, hinterließen sie in der Arbeiterbewegung

tiefe Spuren. Die Erfahrungen, welche die Arbeiterklasse mit der sächsische Regierung erworben hat, waren für den weiteren Kampf des Proletariats von ausschlaggebender Bedeutung. Trotz des Scheiterns bestätigten sie die Möglichkeit eines neuen Zutritts zur proletarischen Revolution und waren für die weitere Entwicklung der Theorie und Praxis der Arbeiter- oder Arbeiter- und Bauernregierung sehr lehrreich. Es verfloß aber vorerst eine Reihe von Jahren und diese Ideen mußten den Weg vieler Irrtümer und Verzerrungen durchschreiten, bevor sie in der Praxis der Arbeiterbewegung ihre volle Anwendung finden konnten. Aber auch so waren sie für die weitere Entwicklung der Theorie der proletarischen Revolution sehr wertvoll und bereicherten die Lehren des Marxismus-Leninismus über die Revolution und Gesellschaftsentwicklung.

Die deutschen Erfahrungen bestätigten voll die Taktik der Einheitsfront, in deren Verlauf die Massen unter der Führung der KPD um ihre Alltagsforderungen kämpfen und diese erfolgreich gegen den Willen der Bourgeoisie durchsetzen. Im Verlaufe dieser Kämpfe sammeln sie Erfahrungen, welche sich in ihrem Bewußtsein als Notwendigkeit der Liquidation des Kapitalismus festhalten. Sie zeigten, daß es möglich ist, die Einheitsfront „von unten her“ auch gegen den Willen der reformistischen Führer zu bilden, eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, welche imstande ist eigene Organe, wie Betriebsräte, Kontrollräte, und eine proletarische Abwehr zu bilden. Solche Organe sind imstande Forderungen der Werktätigen durchzusetzen und noch im Verlaufe der Existenz der bürgerlichen Ordnung gewisse Funktionen der Staatsmacht zu übernehmen. Es geht z. B. um Lohnforderungen und solche Übereinkommen, die den Unternehmern abgezwungen werden und welche die Arbeitsbedingungen abweichend von den Normen des Arbeitsrechts regeln. So wird die Tätigkeit der bürgerlichen Justiz, wie der Arbeitsgerichte oder Schiedsgerichte und Kommissionen, eliminiert. Die Kontrollräte übernehmen selbst die Versorgung der Bevölkerung und die proletarische Wehr sichert die Ordnung, das Versammlungsrecht der Arbeiterorganisationen, die Verteidigung von Arbeiter- und Gewerkschaftshäuser vor Angriffen der Reaktion, sowie Gegenaktionen wider halblegalen Kampforganisationen der Konterrevolution.

Es wurde nachgewiesen, daß es möglich ist, die Krisis des bürgerlichen Staates zur Bildung einer Regierung mit den Vertretungen verschiedener Schichten und politischer Richtungen auszunützen, welche dann, wie die „Arbeiterregierung“, zum Mittel der Revolution „von oben“ wird.

Trotzdem, daß eine solche Regierung noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung entsteht, muß sie die Rechte der Arbeiter wahren. Um dies imstande zu sein, muß sie aber den revolutionären Kampf aufrollen. Wenn sie beim Durchsetzen der Forderungen der Werktätigen auf den Widerstand der Bourgeoisie oder der Schwankenden stößt, muß sie diesen Widerstand mit Hilfe der Massen und der Organe der Einheitsfront, überwinden. Und dies auch um den Preis, daß sie ab und zu irgendwo den Rahmen der bürgerlichen Ordnung durchbricht und Maßnahmen unternimmt, welche bis zur Zeit in der Rechtsordnung der bürgerlichen Demokratie keine Begründung haben. Sonst kann sich diese Regierung weder erhalten, noch behaupten. Sie muß mit ihrer Tätigkeit den Werktätigen beweisen, daß sie ihre Regierung ist und daß ihre Maßnahmen nur den Vorteil der Massen im Sinne haben. Solche Maßnahmen gewinnen der Arbeiterregierung Sympathien und Vertrauen, unterstützen ihre Aktionen sowie die Möglichkeiten, diese zu realisieren. Darauf beruht die Kunst die Revolution „von unten her“ aufzuzerlegen und die Massen dort einzusetzen, wo die Mittel der Regierung nicht mehr ausreichen.

Das Programm der Arbeiterregierung wurde in seinen Grundlinien schon durch den IV. Kongreß der KI gegeben:

Die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung und Liquidierung der reaktionären faschistischen Organisationen, die Überwälzung der Staatsausgaben auf die Reichen und eine Betriebskontrolle durch die Werktätigen.

Die sächsische Erfahrung bewies, daß die Arbeiterregierung eine Vorstufe der Diktatur des Proletariats ist, nicht aber eine solche Diktatur selbst, daß sie imstande ist, die Massen für diese zu gewinnen und den Weg zu ihr zu ebnen.

Auf dieser Vorstufe kann sie aber nicht auf die Dauer beruhen. Nach einem kürzeren oder längeren Zeitabschnitt muß sie den Rahmen der bürgerlichen Demokratie überschreiten, und allmählich zum schrittweisen Zertrümmern des reaktionä-

ren Staatsapparats und zur Übernahme der Macht mittels der Organe der Arbeiterklasse vordringen.

Im Jahre 1923 konnte die sächsische Arbeiterregierung noch nicht die Möglichkeiten für eine ruhige Entwicklung zur Revolution herausbilden. Dem entsprach weder das Kräfteverhältnis im inneren Deutschlands, noch die internationale Situation. In jedem Falle konnte sie aber günstige Vorbedingungen schaffen, die Arbeiterklasse zusammenschließen und auf den Kampf vorbereiten, die Massen ideologisch und materiell ausrüsten und diesen in der Form der Arbeiterregierung ein Machtmittel zur Vorbereitung des Sieges zu geben. Die Antwort auf die Frage, ob der Sieg der Arbeiterklasse in Deutschland möglich war, ist also hier zu suchen.

Es ist fraglos, daß die Bourgeoisie geschwächt war und in der entscheidenden Situation des Jahres 1923 nicht der Lage Herr werden konnte, aber auch nicht „nach alter Weise“ regieren konnte. Ab Frühling 1923 bis zum Generalstreik im August kam das zur Genüge zum Ausdruck. Man kann auch nicht übersehen, daß sie gespalten und uneinig war. Der bayrische Separatismus drang so weit vor, daß er Bayern vom Reich lösen wollte. Ähnlich der Separatismus im Rheingebiet.

Gewisse Schichten der Bourgeoisie verloren zu ihrer Führung das Vertrauen und waren der revolutionären Bewegung zugeneigt, da sie von ihr die Lösung der Situation erwarteten. Die Kleinbourgeoisie, Intelligenz, Beamtenschaft, Rentner, die alle waren durch die katastrophale wirtschaftliche Situation betroffen und lebten gleich elend wie die Arbeiterschaft. Obwohl sich diese Schichten nicht direkt an den revolutionären Kämpfen beteiligten, waren sie auf jeden Fall neutralisiert, sie standen abseits und warteten auf die Entscheidung, in dem sie für jenen Partei ergriffen, von dem sie eine Besserung ihrer Situation erwarten konnten.

Es ist wahr, daß sich viele Angehörige dieser Kreise den faschistischen oder separatistischen Gruppen der Bourgeoisie anschmiegten. Alles Ganzes stellten sie aber eine Schwächung des bürgerlichen Lagers vor und diese Spaltung gab Voraussetzungen für einen Kampferfolg der Arbeiterklasse und bereitete auch bedeutende Manövriermöglichkeiten.

Als Aktivum der Bourgeoisie kommt die Möglichkeit die Reichswehr für ihre Ziele auszunützen in Betracht, wobei von Wichtigkeit ist, daß diese militärisch gut fundiert war und ihre Kapazität noch mittels Mobilisation illegaler Organisationen und der Bildung einer scharzen Reichswehr noch vergrößern konnte. In Deutschland war neben der Reichswehr noch eine Reihe illegaler militärischer Verbände, die zu unterstützen sich die Reichswehr sehr befeiligte, und welche auch eine Reserve der Kontrarevolution bildete. Im Ruhrgebiet kann man endlich zu den Vorteilen der Bourgeoisie noch die militärischen Kräfte Frankreichs und Belgiens, im Rheinland die Großbritanniens, welche gegebenenfalls auch gegen die Revolution eingesetzt werden konnten, zählen. Aber nicht einmal zwischen den Großmächten war eine Meinungsseinheit. Außerdem waren diese militärischen Kräfte durch die Agitation der Arbeiter zersetzt.

All dem gegenüber lebten die arbeitenden Massen schon ab Ende 1922 dauernd in der revolutionären Bewegung und waren scharf gegen die Bourgeoisie eingestellt. Die bürgerliche Ordnung konnte ihnen nicht die grundlegenden Existenzbedingungen sichern. In der Situation des wirtschaftlichen Verfalls, der Verarmung durch die Inflation, Steigerung der Ausbeutung und des Anwachsens der faschistischen Gefahr konnten sie nicht mehr „nach alter Weise“ leben und gaben dies mit ihrer Tätigkeit kund. Die mächtige Streikbewegung im Mai und Juni, antifaschistische Aktionen im Juli, sich verschärfende Aktionen der Betriebs- und Kontrollräte und proletarischer Hundertschaften, welchen gegenüber der Staatsapparat schon machtlos war und endlich die Volkerhebung im August, welche Cunos' Regierung stürzte, bestätigten die Kampfbereitschaft der Massen.

Die Kommunisten waren nicht die einziger Aktionsträger. In den Organen der Einheitsfront arbeiteten aktiv auch Sozialdemokraten, Parteilose, Gewerkschaftler. Die Sozialdemokraten arbeiteten in überwiegender Mehrheit gegen den Willen und den Verbot ihrer Parteileitung. Sie setzten in ihren eigenen Organisationen oft solche Forderungen durch, die mit der gesamtstaatlichen Politik der sozialdemokratischen Führer im Widerspruch war. Zum krassen Beweis dieser Stimmung gehört die Landtagstagung der Sozialdemokratie in Sachsen. Der Landtag zwang hier die Führung der Sozialdemokratie zum Abbruch der Mitarbeit mit der Bourgeoisie und die Füh-

rung wurde gezwungen, mit den Kommunisten Verhandlungen zur Bildung einer Arbeiterregierung zu eröffnen.

Es ist zwar wahr, daß die Massen nicht auf Grund eines Klassenbewußtseins handelten. Der Grund war im spontanen Begehren, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Sie waren zum Kampfe für die Alltagsforderungen bereit und setzten sich auch für diese entschlossen ein. Der Stand ihres Bewußtseins hat noch nicht die Stufe erreicht, daß sie zielbewußt um die Stürzung der bürgerlichen Ordnung und des Kapitalismus rangen. Nichtsdestoweniger sammelten sie in diesen Kämpfen so viele Erfahrungen, daß sie imstande waren, die Arbeiterregierung zu unterstützen, ihr beim Durchsetzen der Forderungen behilflich waren und im Falle eines Angriffes diese auch verteidigen konnten.

Das Durchsetzen und die Realisierung des Programms der Arbeiterregierung konnte die Massen in Bewegung setzen und auch das Bemühen eine Arbeiterregierung zu bilden, unterstützen. Obschon der Zusammenstoß mit der Bourgeoisie früher oder später kommen sollte, auf jeden Fall würde die Arbeiterklasse Möglichkeiten zu ihrer Vereinigung und Organisation gewinnen, ihren Kampf gegen den Kapitalismus legalisieren und Bedingungen für den schrittweisen Übergang zum Machtkampf formen. Der Kampf der Arbeiterklasse beschleunigte das Reifen der Massen und ihres Bewußtseins.

Die Arbeiterklasse Deutschlands war in ihrem Kampf nicht isoliert. Der Kampf des europäischen Proletariats, welcher gleichzeitig in den anderen Ländern verlief, hat sehr oft direkt zur Unterstützung der deutschen Revolution geführt, brachte gewisse Erleichterungen, gegebenenfalls schloß er auch die Möglichkeit aus, zu intervenieren. Die Aktionen der KPF und KPČ zur Unterstützung der deutschen Revolution waren potenziell in der Lage eine militärische Intervention der wichtigsten europäischen Kraft: Frankreich, und die ihm verbundene Tschechoslowakei, zu vereiteln. Die polnischen revolutionären Ereignisse blockierten dann das Verlangen der polnischen Bourgeoisie vermittelt einer Intervention „zur Hilfe“ zu eilen. Der Standpunkt der UdSSR zur Okkupation des Ruhrgebiets und die Warnung an Polen, die materielle Hilfe, welche den deutschen Arbeitern von der UdSSR und anderen kommunistischen Parteien gewährt wurde, lösten die Fessel an den Händen des deutschen Proletariats und ermöglichten einen energischen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, so daß die Hoffnungen auf einen Sieg reell waren.

Wo sind also, trotz dem Vorhandensein günstiger Umstände, die Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse zu suchen?

Günstig waren die objektiven revolutionären Bedingungen. Ihnen aber entsprach nicht der Stand des subjektiven Faktors. Es fehlte eine marxistische Partei, welche für diese komplizierte Situation mit genügenden Erfahrungen, Weitblick und Fähigkeiten ausgerüstet wäre.

Die junge KPD sammelte in ihren Reihen den reifsten Teil der Arbeiterklasse, als deren Vorhut sie dann erfolgreiche Kämpfe führte. Sie gewann auch das Vertrauen der Massen, welche sich ihrer Führung unterstellten. Im Verlaufe der verhältnismäßig kurzen Zeit ihrer Tätigkeit reifte sie aber nicht derart aus, daß sie trotz der günstigen revolutionären Verhältnisse die Probleme der äusserst komplizierten Situation in Deutschland lösen könnte. Sie übernahm ähnlich wie die anderen kommunistischen Parteien die erfahrensten Kader aus den Reihen der Sozialdemokratie. Hauptsächlich bei ihnen überlebten dann notwendigerweise sozialdemokratische Denkweisen und die Führung selbst tendierte manchmal zum Opportunismus.

Andererseits war die Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung in der Arbeiterbewegung nicht nur etwas ganz Neues, sondern auch etwas nicht ganz Begriffenes. Trotz all dem aufrichtigen Bestreben fehlten unter ihren jungen, revolutionär eingestellten Parteimitglieder nicht Zweifel an ihrer Richtigkeit. Die Partei trennte sich von der alten Sozialdemokratie erst unlängst und schon sollte sie Wege zur Mitarbeit finden. Und so führte dann die zu eng gefaßte Einheitsfront zu ihrem linksradikalen Negieren.

Kurz vorher mußte die deutsche Arbeiterbewegung starke linksradikale Tendenzen überwinden, die auch von W. I. Lenin kritisiert wurden. Diese Tendenzen wurden aber in der KPD nicht ganz überwunden.

So entstanden in der Parteiführung und in der Partei selbst ideelle Zwiespälte und eine ideologische Unklarheit in Sachen der Einheitsfront und Arbeiterregierung. Trotz des guten Willens auf beiden Seiten der Front führten die Widersprüche

schließlich so weit, daß die Führung nicht mehr Herr der Lage werden konnte und zwar in dem Sinne, diese im Interesse der Arbeiter auszunützen.

Wie sich später herausstellte, hatte in dieser Sache nicht einmal die Exekutive der KI Klarheit. Und wenn zu diesen Umständen und ideellen Zwiespälten noch das Schwanken und dadurch der kleine Wert der sozialdemokratischen Partner in der Arbeiterregierung beitrifft, ist es begreiflich, daß die schwache Arbeiterregierung, deren kommunistische Mitglieder keinen klaren Aktionsplan hatten, besiegt wurde. Und die uneinheitliche und verschwommene Führung der KPD hatte dann die Niederlage der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland zur Folge.

Die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung der sächsischen Arbeiterregierung wurden nicht gleich nach der Niederlage ausgewertet. Im Gegenteil, damals wurden aus diesen Erfahrungen Schlüsse gezogen, deren Folgen vorübergehend das Ende der Einheitsfront und der Arbeiterregierung in der Auffassung, die eine neue Form des Zutritts zur proletarischen Revolution vorstellt, bedeutete.

Die Kommunistische Internationale befaßte sich mit der Kritik der deutschen Geschehnisse schon im Januar 1924 und beim Anlaß der Tagung der EKI wurde dann die Resolution „Lehren der deutschen Ereignisse“ gefaßt. Die Resolution kam im wesentlichen zu richtigen Schlußfolgerungen, daß nämlich das Ausbleiben des Erfolges (trotz der günstigen revolutionären Situation): „infolge einer Summe von Fehlern und Mängeln, die teilweise opportunistische Abweichungen enthielten“ gegeben war.

Das war aber nur eine Seite der ganzen Sache. Schon in diese Resolution drangen derartige Meinungen über das Wesen der Einheitsfront und den Charakter der Arbeiterregierung durch, welche dann am V. Kongreß der KI in dem Verlassen der Leninschen Idee der Arbeiterregierung als einer neuen Form des Zutritts zur Revolution ihren Höhepunkt fanden.

Der Mißerfolg der deutschen Revolution führte zu linksradikalen Verstümmelungen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Der Fehler wurde nicht in der unrichtigen Anwendung von Taktiken und Methoden, sondern im Inhalt selbst gesucht und dort auch gefunden. Der V. Kongreß der KI definierte die Einheitsfront als reine Agitationsmethode und die Arbeiterregierung als einen Deckmantel der Diktatur des Proletariats. Diese Darlegungen hatten für die internationale Arbeiterbewegung sehr nachteilige Folgen.

Die Einheitsfront, aufgefaßt als reines Mobilisationsmittel, welches sogar nur zur Enthüllung der Sozialdemokratie führt und welche ausnahmslos nur von „unten her“ entfaltet wird, unterband die Bildung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Es war nicht möglich, im Verlaufe der schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe auf diese Art und Weise die Massen zu gemeinsamen Aktionen zu vereinigen. Im Gegenteil, den sozialdemokratischen Führern wurde ermöglicht, die schwer erkämpfte Einheit mit dem einfachen Hinweis, die Einheitsfront sei nur ein Manöver zur Zerschlagung der Sozialdemokratie, wieder aufzulösen. Erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise setzt sich die Taktik der Einheitsfront in ihrer ursprünglichen Auffassung durch. Unter dem Druck des eisernen Zwanges bildet sich eine Einheitsfront aller Werktätigen, vor allem der Arbeitslosen, mit dem klaren Ziel der Aktionseinheit zu dienen. In dieser Richtung wirken die Erfahrungen der KPC und KPF mit, welche sich ursprünglich am Boden der KI nur schwer durchsetzen.

Weit schlimmere Folgen hatte aber die Verzerrung der Idee der Arbeiterregierung. In der neuen Auffassung als Diktatur des Proletariats verlor sie für den größten Teil der Arbeiterklasse ihre Anziehungskraft. Sie konnte so nicht zur Aktionslosung werden, da sich unter dieser Losung nicht jene versammeln konnten, die zum Kampf um die Diktatur des Proletariats noch nicht bereit waren.

Es ist zwar wahr, daß sich in den darauffolgenden Jahren niemals günstige Möglichkeiten zur Bildung einer Arbeiterregierung zeigten und daß diese Losung daher nicht von ihrem propagandistischen Charakter zur Aktionsform übergehen konnte. Das ändert aber nichts an dem Umstand, daß die Ausnützung dieser Losung zugebremst wurde. Damit wurde auch die Vorbereitung der Massen für den Kampf mit dem Faschismus verlangsamt. Der Aufmarsch zum Kampf gegen den Faschismus und damit auch der Kampf mit ihm wäre sehr erleichtert gewesen, wenn es nicht zu einer Verzerrung der Idee der Arbeiterregierung gekommen wäre.

Die teuer bezahlten deutschen Erfahrungen wurden also nicht gleich ausgenützt. Sie sind aber für die Arbeiterbewegung nicht verlorengegangen. In der Zeit des Auf-

marsch zum Kampf gegen den Faschismus kehrt der VII. Kongreß der KI im Referat G. Dimitrows' zu ihnen zurück und nützt die Erfahrungen der Arbeiterregierung in Sachsen voll aus. Aber nicht nur dies. Er übernimmt ganz und gar die Idee der Einheitsfront und übergibt sie in der Form der Taktik der Volksfront und der Regierung der Volksfront der Arbeiterbewegung in einer sehr gut ausnützbaren Form.

Wieder werden die Erfahrungen der deutschen Revolutionären Ereignisse des Jahres 1923 lebendig und abermals kommt Lenins These über die neue Form des Zutritts zur proletarischen Revolution zur Geltung. Sie verläßt nie mehr die Arbeiterbewegung. Wenn auch in anderen Formen und unter anderen Bedingungen, findet sie ihre Fortsetzung während des II. Weltkrieges in der Taktik der Nationalen Front und in der Idee der Regierung der Nationalen Front. Die Nationale Front stellt ein Bündnis aller Werktätigen, Schichten und fortschrittlicher Kräfte vor. Ihre Fortsetzung findet sie dann im internationalen Befreiungskampf und der Idee der strukturellen Veränderungen der KPI und KPF.

Das erste Beispiel der Auswendungsmöglichkeiten dieser Taktik in ihrer Grundform wurde in Deutschland des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts geliefert. Es bleibt ein Faktum, daß sich an ihrer Realisierung das Proletariat ganz Europas und nicht an letzter Stelle auch die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei beteiligte.